



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ
LES HÔPITAUX DE SUISSE
GLI OSPEDALI SVIZZERI

Kommission für Soziale Sicherheit und Gesundheit
c/o Bundesamt für Gesundheit
Karin Schatzmann
3003 Bern

Per Email an: karin.schatzmann@bag.admin.ch
dm@bag.admin.ch

Ort, Datum
Ansprechpartner

Bern, 10. August 2015
Martin Bienlein

Direktwahl
E-Mail

031 335 11 13
martin.bienlein@hplus.ch

H+ Vernehmlassungsantwort Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrte Frau Schatzmann

In Ihrem Schreiben vom 24. April 2015 lädt uns die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit ein, uns im Rahmen der Vernehmlassung Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege (Pa. Iv. 11.418) zu äussern, wofür wir Ihnen bestens danken.

H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Uns sind 236 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen als Aktivmitglieder an 369 Standorten sowie über 170 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. Unsere Antwort beruht auf einer Umfrage bei unseren Mitgliedern.

H+ unterstützt die Verankerung der Pflegefachpersonen als verschreibende Leistungserbringer. Bei der Umsetzung sollen die administrativen Auflagen klein gehalten werden und die Auflagen jenen anderer Gesundheitsberufe entsprechen. Es ist darauf zu achten, dass das Gesetz zu keinen Kompetenzkonflikten zu Lasten der Patientinnen und Patienten führt.

Unsere Positionen zu den einzelnen Artikeln entnehmen Sie bitte den untenstehenden Detailbemerkungen.

Wir bitten Sie um die Aufnahme unserer Anliegen und stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Dr. Bernhard Wegmüller
Direktor

Detailbemerkungen

Art. 25a Abs. 2 Bst. a

Zustimmung

Art. 25 Abs. 1

1 Die obligatorische Krankenpflegeversicherung leistet einen Beitrag an die Pflegeleistungen, die aufgrund eines ausgewiesenen Pflegebedarfs ambulant, auch in Tages- oder Nachtstrukturen, oder im Pflegeheim:

- a. auf Anordnung oder im Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin erbracht werden;
- b. auf Anordnung einer Pflegefachperson ~~ohne Anordnung oder Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin~~ erbracht werden.

Art. 25 Abs. 2 (gemäss Mehrheit, mit Anpassung)

2 Die Leistungen der Akut- und Übergangspflege, die sich im Anschluss an einen Spitalaufenthalt als notwendig erweisen und die im Spital ~~gemeinsam~~ von einem Arzt oder einer Ärztin ~~und oder~~ einer Pflegefachperson angeordnet werden, werden von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und vom Wohnkanton der versicherten Person während längstens zwei Wochen nach den Regeln der Spitalfinanzierung (Art. 49a) vergütet. ...

Art. 33 Abs. 1^{bis}

1^{bis} Er bezeichnet die Leistungen, deren Kosten von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung übernommen werden oder an die die obligatorische Krankenpflegeversicherung gemäss Artikel 25a Absatz 1 einen Beitrag leistet, wenn diese Leistungen:

- a. von Pflegefachpersonen auf Anordnung oder im Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin erbracht werden;
- b. von Pflegefachpersonen auf Anordnung einer Pflegefachperson ~~ohne Anordnung oder Auftrag eines Arztes oder einer Ärztin~~ erbracht werden.
- c. ~~gemeinsam von einem Arzt oder einer Ärztin und einer Pflegefachperson angeordnet werden.~~

streichen gemäss Minderheit (Cassis, Bortoluzzi, de Courten, Moret, Stolz)

Art. 35 Abs. 2 Bst. d^{bis}

Zustimmung

Art. 40a Abs. 1 und 2 (gemäss Minderheit)

Streichen

Art. 55a Abs. 1 Bst. c und d sowie Abs. 2 und 4

1 Bst. c und d: *streichen*

H+ lehnt generell eine Zulassungssteuer der Leistungserbringer ab.

Sollte diese für die Ärztinnen und Ärzte nach Art. 36, 36a und 39 fortbestehen, dann dürfen aus Gründen der Gleichbehandlung höchstens auch die von Pflegefachpersonen auf Anordnung einer Pflegefachperson erbrachten Leistungen unterworfen sein. Ansonsten entstehen eine massive Ausweitung der Zulassungssteuer und eine Ungleichbehandlung der Pflege gegenüber allen anderen nichtärztlichen Gesundheitsberufen.

Übergangsbestimmung zur Änderung vom ...

Zustimmung

Inkrafttreten

Zustimmung